

**Rechtsgrundlagen**

**Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I Nr. 52 v. 01.10.2004 S. 2414) zuletzt geändert am 11.06.2013 durch Artikel 1 des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts (BGBl. I Nr. 29 vom 20.06.2013 S. 1548) und am 22.07.2011 durch Artikel 1 des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden (BGBl. I Nr. 39 vom 29.07.2011 S. 1509)  
**Planzeichenverordnung (PlanZV)** in der Fassung vom 18.12.1990 (BGBl. I Nr. 3 vom 22.01.1991 S. 58) zuletzt geändert am 11.06.2013 durch Artikel 2 des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts (BGBl. I Nr. 29 vom 20.06.2013 S. 1548)  
**Baunutzungsverordnung (BauNVO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I 1990 S. 132) zuletzt geändert am 11.06.2013 durch Artikel 2 des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts (BGBl. I Nr. 29 vom 20.06.2013 S. 1548)  
**Sächsische Bauordnung (SächsBO)** in der Fassung vom 28.05.2004 (SächsGVBl. S. 200) zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.10.2011 (SächsGVBl. S. 377) in der Fassung vom 29.10.2011

**Textliche Festsetzungen**



**Festsetzungen zur Bebaubarkeit**

Auf Grund der Umgebungsbebauung (§ 34 BauGB) werden Wohngebäude mit entsprechenden Nutzgärten zugelassen.  
 Als zulässig werden die Dachformen Sattel-, Walmdach-, oder Krüppelwalmdach mit einer Dachneigung von 22° bis 49° festgesetzt.  
 Auf Grund der Einstufung als Dorfgebiet gemäß § 5 BauNVO, wird gemäß § 17 BauNVO die GRZ mit 0,6 und die GFZ 1,2 festgesetzt.  
 Die festgesetzte Baugrenze verläuft jeweils parallel zur östlichen Grundstücksgrenze im Abstand von 5 m.

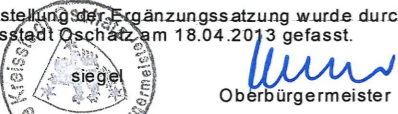
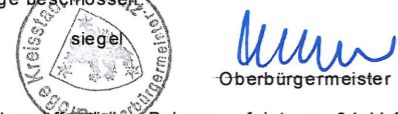


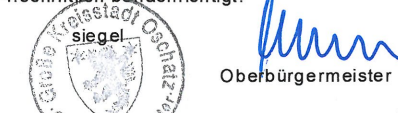
**Grünordnerische Festsetzungen**

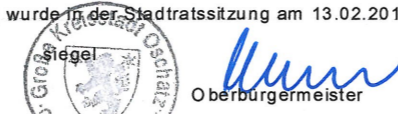
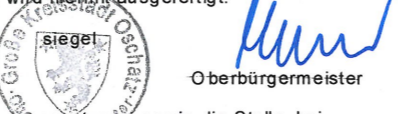
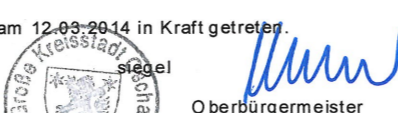
**Neuanpflanzungen: § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB**  
 Nicht überbaute Grundstücksflächen sind zu begrünen.  
 Es sind mindestens 20% des Flächenanteils der Hausgärten zum Ausgleich der Eingriffsfolgen mit standortgerechten und einheimischen Bäumen und Sträuchern zu begrünen.  
 Für die Pflanzungen sind vorrangig Obstgehölze oder einheimische und standortgerechte Bäume und Sträucher zu verwenden.  
**Versiegelungsbeschränkung: § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB**  
 Wege, Plätze, Stellflächen und andere befestigte Flächen sind so zu befestigen, dass das auf diesen Flächen anfallende Niederschlagswasser dort versickern kann.  
 Zur Befestigung von Zufahrt und Stellplätze sind zu verwenden: Pflaster mit Rasenfuge, Rasengittersteine, wassergebundene Decke (Oberfläche bekiest), Schotterrasen.


**Legende**

-  Grenze räumlicher Geltungsbereich § 9 Abs. 7 BauGB
-  Baugrenze § 9 Abs. 1 Nr. 2 und § 23 BauNVO

**Verfahrensvermerke**

1. Der Beschluss zur Aufstellung der Ergänzungssatzung wurde durch den Stadtrat der Großen Kreisstadt Oschatz am 18.04.2013 gefasst.  
 Oschatz, d. 17.02.2014  Oberbürgermeister
2. Der Stadtrat in öffentlicher Sitzung am 10.10.2013 den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslage beschlossen.  
 Oschatz, d. 17.02.2014  Oberbürgermeister
3. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgte am 04.11.2013  
 Oschatz, d. 17.02.2014  Oberbürgermeister
4. Der Entwurf wurde in der Verwaltung während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 12.03.2014 im Amtsblatt bekannt gemacht worden.  
 In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und § 4 Abs. 4 SächsGemO und weiter auf die Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden.  
 Die Ergänzungssatzung ist am 12.03.2014 in Kraft getreten.  
 Oschatz, d. 17.02.2014  Oberbürgermeister
5. Der Stadtrat hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger, sowie die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange in der Stadtratsitzung am 13.02.2014 geprüft und in die Abwägung eingestellt.  
 Oschatz, d. 17.04.2014  Oberbürgermeister
6. Die von der Abwägung Betroffenen wurden vom Ergebnis der Abwägung am 18.02.2014 schriftlich benachrichtigt.  
 Oschatz, d. 19.02.2014  Oberbürgermeister

7. Die Ergänzungssatzung wurde in der Stadtratsitzung am 13.02.2014 als Satzung beschlossen.  
 Oschatz, d. 17.02.2014  Oberbürgermeister
8. Die Ergänzungssatzung wird hiermit ausgefertigt.  
 Oschatz, d. 17.02.2014  Oberbürgermeister
9. Die beschlossene Ergänzungssatzung, sowie die Stelle, bei der die Satzung auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 12.03.2014 im Amtsblatt bekannt gemacht worden.  
 In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und § 4 Abs. 4 SächsGemO und weiter auf die Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden.  
 Die Ergänzungssatzung ist am 12.03.2014 in Kraft getreten.  
 Oschatz, d. 17.03.2014  Oberbürgermeister



**Ergänzungssatzung  
der Großen Kreisstadt  
Oschatz**

**„Thalheim – Leubener Straße“**

Maßstab	1: 1000	bearbeitet	Stein
aufgestellt	Oktober 2013	gezeichnet	Stein
geändert			
Aktenzeichen	621-41-04-2013		
Kartengrundlage ALK vom 2013			Stadtverwaltung Oschatz Stadtplanung